

# Arbeiterstimme

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abdruckrecht: die einmal getragene Komposition über deren Nachdruck für den Fall der Notwendigkeit (insbesondere für die Verwertung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung) einen Brief gerichtet, in dem es heißt:

6. Jahrgang Dresden, Dienstag den 29. Juli 1930 Nummer 174

## Lohnraub, Steuereinzahlung mit Gaspistolen

Neue Niedertracht sozialdemokratischer Polizeiminister / Hitler-Presse mit Brünnings Steuerraubzug einberstanden  
Proletarier, heraus aus den Parteien der Youngfnechte!

Berlin, den 28. Juli.

Der Polizeistatut für Technik und Verkehr in Berlin hat man schon vor längerer Zeit Versuche mit einer neuen Polizei gemacht. Es handelt sich um eine sehr handliche Pistole, aus der eine Gaspatrone abgeschossen wird. Diese Gaspatrone verbreitet sofort eine Gaswolke, die die Schaulustige so stark reizt, daß man keinen Widerstand mehr leisten vermag. Dabei wird der Betroffene nur für eine gewisse Zeit betäubt, er erleidet im übrigen keinen Schaden an seiner Gesundheit. Die Polizeipräsidenten der großstädtlichen Städte sollen entsprechend den verfügbaren Mitteln so reich wie möglich mit den neuen Pistolen ausgestattet werden.

48 veroronet worden. Der Vormarsch der faschistischen Diktatur wirft keine Schatten.

Mit der Faschisierung der Staatsgewalt marschieren die Marschkolonnen der blutigsten Konterrevolution, Hitler, von Sagenberg gekauft, kreist jede soziale Verbrämung ab. Der Kurs ist gradlinig gegen das Proletariat gerichtet.

Hitlers Zentralorgan, „Der Volkische Beobachter“, von gestern und heute erwähnt mit seinem Wort der Kritik das unverschämte Steuerprogramm des Bürgerblocks.

Statt dessen wird mit gefälschten Dokumenten, mit schamlos verpackten Waffern der Verbrämung gegen das Proletariat und die kommunistische Partei gearbeitet. Dieser Führer des „dritten Reiches“ findet kein Wort gegen die Eintrübung der

Youngsteuer. Das einzige Ziel, das ihn beherrscht, die Aufgabe, für die er bezahlt wird, ist die Aufrichtung des weißen Terrors gegen die Marschkolonnen der Revolution.

In den letzten Tagen häufen sich die Überfälle auf die Arbeiter. In Berlin ereignete sich laut bürgerlicher Presse gestern ein toller und niederträchtiger Streich.

Eine Horde von Nationalsozialisten drang in die Wohnung von Reichsbannerkameraden ein und randalierte mit Schlagringen und Taschenknägen.

So ist die Situation: Diktaturartikel der Hindenburg und Brüning; Konzentration der bürgerlichen Mitte nach rechts unter dem Titel einer „Deutschen Staatspartei“; breitetster Vorstoß der kapitalistischen Lohn- und Gehaltsräuber; weißer Terror

Dresden, den 29. Juli.

Die preußische Polizei wird von sozialdemokratischen Staatsfunktionären kommandiert. Sozialdemokratische Polizeiminister ordnen die Verwendung von Gaspatronen an. Sie haben den richtigen Zeitpunkt erwählt.

Wahnen ist die Diktaturverordnung Brüning-Hindenburg verkündet worden. Wenn du eine Tasse Kaffee trinkst, mußt du Steuern bezahlen;

wenn du einen Kopf hast und dazu schon 20 Jahre alt bist, mußt du Steuern zahlen;

wenn du keine Frau gefunden hast, mußt du Steuern zahlen; wenn du ein Polizist den Schädel kaputt schlägst und du läufst zur Arbeit, mußt du bledien; wenn du ein beamteter Hungerer der „nationalen“ Republik bist, mußt du Steuern bezahlen. Der unverschämte Steuerraubzug auf die Tischen der Arbeiter ist mit den demokratischen Mitteln des Artikels

Die am 27. Juli erfolgte Wiederholung der für ungültig erklärten Stadterordnetenwahl in Münschberg in der Wahl brachte folgendes Ergebnis: Kommunistische Partei 592 Stimmen (bisher 321), Bürgerliche Einheitsliste 758 (920), Sozialdemokratie 487 (403), Nationalsozialisten 357 (306), Beamtengruppe 174 (190).

Berlin, den 29. Juli.

Die Kommunistische Partei hat also die Sozialdemokratie überflügelt und ist die zweitstärkste Partei in Münschberg geworden.

## Siegreich, unaufhaltsam vorwärts!

Vormarsch der revolutionären Einheitsfront unter unserem Banner

Die Kommunistische Partei hat also die Sozialdemokratie überflügelt und ist die zweitstärkste Partei in Münschberg geworden.

SPD-Arbeiter stoßen zur KPD  
Stundenlohn für den Wahlkampf der KPD  
Berlin, den 29. Juli.

Am Sonntag tagte die Berliner Bezirkskonferenz der KPD. Die Mehrheit der Delegierten war parteilos. Unter Führung des SPD-Arbeiterrates erklärten sozialdemokratische Delegierte ihren Austritt aus der Partei des Arbeitervereins. Einmütig beschloß die Konferenz: „Jeder Anhänger der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ist ein roter Wahlhelfer der Kommunistischen Partei.“ Einmütig wurde beschlossen — das haben parteilose Delegierte beantragt — „einen Stundenlohn für den Wahlkampf der KPD abzuführen“.

Über 30 Kollegen meldeten sich zur Diskussion. Jeder Anwesende fühlte am Sonntag, wie die Autorität der KPD gestiegen ist, ebenso die organisatorische Festigung des Einflusses der KPD. „Verstärkung der revolutionären Arbeit innerhalb der Gewerkschaften“ — das war die Parole der Konferenz.

„Schluß mit der Partei des Arbeitervereins, es lebe die einheitliche proletarische Kampffront unter Führung der KPD und der SPD!“ erklärten die SPD-Delegierten. Diese KPD-Konferenz war ein wichtiger Schritt auf diesem Wege.

## Die sächsische Regierung abgesetzt!

Im Oktober 1923 rüttelte die proletarische Revolution an den Ketten des deutschen Proletariats. Die Herrschaft hangte um ihre Herrschaft. Der Sozialdemokrat Ebert war Reichspräsident. Die Sozialdemokraten Brüningmann und Severing saßen in der Reichsregierung. Ebert verkündete, wie heute die Brüning-Hindenburg, den Artikel 48 und bevollmächtigte die Reichswehrgeneräle. Unter dem 29. Oktober 1923 verkündete Ebert:

„Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der Sächsischen Landesregierung und Gemeindebehörden ihrer Leistung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen . . .“

Heute mirt die SPD-Presse „Empörung“ über das Diktaturregiment der Hindenburg und Brüning. Aber die SPD-Führer waren es, die mit dem Artikel des Ausnahmezustandes und den Maschinengewehren der Reichswehr das sächsische Proletariat niederschlugen. Sie haben es den Brüning-Hindenburg vorgemacht, wie man die „Demokratie“ anwendet. „Reformismus oder Kommunismus“ ist die Frage, die heute vor dem deutschen Proletariat im Kampfe gegen den Faschismus steht. Wir haben für heute Abend die SPD-Führer Dresdens herausgefordert, in unserer Versammlung zu diesem Thema zu sprechen. Wir appellieren insbesondere an die SPD-Arbeiter, in Massen

heute 19<sup>30</sup> Uhr im Keglerheim zu erscheinen!

## 80 Versammlungen gegen Faschismus

in der kommenden Woche — Tausende Wahlhelfer für die Liste 4!

Am Sonntag tagte eine von circa 200 Funktionären der KPD Sachsen behaltene Bezirksleitungsabteilung, die zur gegenwärtigen Lage und zum Wahlkampf Stellung nahm. Die Konferenz war der Ausdruck unserer Geschlossenheit und Siegeszuversicht. Sie stellte sich gewaltige Aufgaben. 80 Versammlungen werden im Laufe der nächsten Woche organisiert gegen die faschistische Demagogie. Tausende neuer Mitglieder und Zeitungleser für die kommunistische Presse sollen gewonnen werden. Zehntausende von Wahlhelfern und -helferinnen sollen aufgefördert werden, mit den Funktionären der Partei und der revolutionären Massenorganisationen eine gewaltige Massenaktion und Werbung für den Kommunismus, für die Liste 4 zu organisieren.

Die gesamte Partei soll bis zum letzten Mann die Organisation des Angriffs gegen die faschistische Hungerdiktatur und Steuerraub, einen umfassenden Massenkampf gegen Kapitalismus und Youngflawerei organisieren. Die Geschlossenheit, die Siegeszuversicht, von der die Konferenz beherrscht war, bieten die Gewähr, daß das letzte Parteimitglied seine revolutionäre Pflicht erfüllen wird.

## Keinen Pfennig Steuern für Young!

Vorstoß der KPD — Sofortige Aufhebung der Notverordnung verlangt

Am Montag der kommunistischen Reichstagsfraktion hat General Ebert an den Vorsitzenden des 1. Ausschusses (Ausschuh zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung) einen Brief gerichtet, in dem es heißt:

Die Reichsregierung hat am Sonnabend, dem 26. Juli 1930, die neuen Notverordnungen verkündet, welche enthalten:

1. Haushalt und Deckungsmassnahmen,
2. Erhöhung neuer Einnahmen für die Gemeinden,
3. die Stille,
4. Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Reichsversicherung (Kriegsbeschädigte),
5. Verhütung unwirtschaftlicher Preisbildungen (Kartellpreise).

Im Namen der kommunistischen Mitglieder des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ersuche ich Sie, die Notverordnung gemäß Art. 35 der Reichsverfassung umgehend ein-

zuberufen, da die kommunistischen Ausschuhmitglieder die sofortige Aufhebung dieser neuen Notverordnung fordern.

Die Einladungen zu dieser Sitzung bitte ich an die Abgeordneten Thälmann, Pieck und Torgler ergen zu lassen.“

Der 1. Ausschuh, auch Hebermännchenausschuh genannt, hat formell das Recht, die Aufhebung von Verordnungen der Reichsregierung zu fordern. Dieser Verordnung müßte nach dem Wortlaut der Beratung entzogen werden. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist der KPD-Führer Heber.

Die SPD gibt vor, daß sie gegen die Notverordnungen Brünnings sei. In Wirklichkeit leitet sie der Brüning-Diktatur in jeder Weise Vorlauf. Es ist daher auch zu befürchten, daß die SPD-Vertreter im 1. Ausschuh die Forderung auf Aufhebung der Notverordnungen sabotieren werden. Doch wird die KPD alles tun, um die sozialdemokratischen Bundesgenossen Brünnings zu stellen.

**Krieg** dem imperialistischen Krieg ist die Losung, unter der am **Freitag dem 1. August, 18 Uhr**, die arbeitenden Massen Dresdens auf dem Wilhelmsplatz demonstrieren werden!